

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
**10. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport
der Stadt Haan**

am Mittwoch, dem 08.02.2023 um 17:00 Uhr
in der Aula des Schulzentrum Walder Straße

Beginn:
17:00 Uhr

Ende:
20:07 Uhr

stv. Ausschussvorsitzende

Monika Morwind

CDU-Fraktion

Stv. Annette Braun-Kohl

ab 18.40 Uhr

AM Svenja Darmstädter

Stv. Vincent Endereß

AM Brigitte Heuser

Stv. Tobias Kaimer

bis 18.40 Uhr

AM Johannes Woike

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey

Stv. Jörg Dürr

Stv. Martin Haesen

Stv. Simone Kunkel-Grätz

WLH-Fraktion

AM Ernst Adam

Stv. Meike Lukat

Stv. Sonja Lütz

GAL-Fraktion

AM Jens Englich

Stv. Nicola Günther

Stv. Tabea Haberpursch

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

Schriftführung

VA Sigrid Nippe

beratende Mitglieder

AM Dr. Svenja Kahlke-Kreitzberg

für die Stadtschulpflegschaft

AM Bernd Krumsiek

für den Stadtsportverband

AM Arnd Vossieg

für den Stadtsportverband

Vertreter des Seniorenbeirates

AM Helene Wolfsperger

Vertreter des Jugendparlamentes

AM Henrik Giebels

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

StOVR'in Doris Abel

StHS'in Simone Herweg

StOAR'in Astrid Schmidt

Vertreter der Schulen

AM Christian Hoffmann

AM Dirk Wirtz

Vertreter der Kirchen

AM Elisabeth Schmitz

Die stv. Vorsitzende Monika Morwind eröffnet um 17:00 Uhr die 10. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Stv. Meike Lukat bittet für die WLH-Fraktion, TOP 10 vor TOP 4 zu ziehen, um die Mitteilung zum Neubau des Vereinsheims TSV Gruiten e.V. vor den Haushaltsplanberatungen zu erfahren.

Diesem Wunsch wird einstimmig entsprochen.

Stv. Tobias Kaimer merkt zum TOP 4.1 an, dass aus der CDU-Fraktion Herr Woike, Frau Darmstädter und er selbst befangen sein könnten, da man Kinder in der Kita bzw. OGS hat. Darüber hinaus informiert er zu TOP 4.3 hinsichtlich einer evtl. Befangenheit von Herrn Endereß, dass dieser kein gewähltes Vorstandsmitglied der Unitas ist.

Die stellv. Vorsitzende Monika Morwind teilt mit, dass sie zu der evtl. Befangenheit hinsichtlich der Kita- und OGS-Gebühren mit der Justitiarin Frau Kotthaus Kontakt aufgenommen hat und diese keine Befangenheit sieht. Im Hinblick auf eine mögliche Befangenheit von Herrn Endereß schlägt sie vor, den Ausschuss hierüber abstimmen zu lassen.

Stv. Meike Lukat erklärt für die WLH-Fraktion, dass man keine Befangenheit sieht, dies aber auch gerne abstimmen könne.

Stv. Martin Haesen macht darauf aufmerksam, dass Herr Endereß Pressesprecher der Unitas ist

Stv. Vincent Endereß erwidert, dass er weder dem Vorstand der Unitas noch als Pressesprecher diesem angehört. Der Vorstand sendet ihm als Vereinsmitglied lediglich die vorgefertigten Presstexte, die er dann an die örtliche Presse übermittelt. Weiterhin informiert Herr Endereß, dass er als Vermittler am Gespräch der Unitas mit der Stadtverwaltung teilgenommen hat.

Stv. Michael Ruppert rät Herrn Endereß aufgrund seiner dargelegten besonderen Nähe zum Verein selbst zu erklären, ob er befangen ist. **Stv. Tobias Kaimer** erwidert, dass Herr Endereß keine Befangenheit sieht und deshalb bittet er, abstimmen zu lassen. Herr Kaimer weist darauf hin, dass er sich selbst auch immer mal wieder bei Gesprächen mit der Unitas austauscht und darin auch keine Befangenheit sieht.

Stv. Meike Lukat bittet nun um Abstimmung.

Die stellv. Vorsitzende Monika Morwind lässt darüber abstimmen, wer den **Stv. Vincent Endereß** als befangen hinsichtlich des TOPs 4.3 ansieht.

Abstimmungsergebnis (Herr Endereß enthält sich):

1 ja / 10 nein / 5 Enthaltungen

Öffentliche Sitzung

./ Bildungsangelegenheiten

1./ Stellenplan 2023

hier: Erhöhung des Stellenanteile bzw. Einrichtung zusätzlicher Stellen an den OGS-Standorten Don-Bosco-Schule und GGS Gruitzen

Vorlage: 10/096/2022

Protokoll:

StOAR'in Astrid Schmidt macht darauf aufmerksam, dass sich die Stellenberechnung für die OGS aus den Kooperationsvereinbarungen ergibt, die seinerzeit vom Rat beschlossen und zwischen Schulträger und Schule abgeschlossen wurde.

Stv. Vincent Endereß fragt nach den finanziellen Auswirkungen. Betragen die Personalkosten für alle Stellenanteile 151 T€, für 3 Monate berücksichtigt 85 T€?

StOAR'in Astrid Schmidt sagt zu, diese Angaben zum HFA nachzureichen, da das Personalamt dies sicherlich genau berechnet hat. **Stv. Meike Lukat** verweist auf den DOPA, zu dem diese Vorlage auch beraten wird.

Stv. Michael Ruppert zeigt sich überfordert, die Notwendigkeit jeder kleinen Stellenanhebung zu beurteilen. Jedoch verweist er generell auf die Stellenplanbeschlüsse für über 30 neue Stellen, die sich in der Finanzplanung nicht wiederfinden. Die FDP-Fraktion wird keiner Stellenplanerhöhung zustimmen, solange die Haushalts- und Finanzplanung nicht belastbar dargestellt werden kann.

Darüber hinaus merkt er zum Punkt der Nachhaltigkeitseinschätzung in den Vorlagen an, dass aus jeder Stelle eine Nachhaltigkeit resultiert.

Beschluss:

Der Rat der Stadt stimmt der Erhöhung der Stellenanteile bei verschiedenen Fach-, Ergänzungs- und Hauswirtschaftskräften an der OGS Don-Bosco-Schule um 0,8 VZÄ (0,2 Fach- und 0,6 Ergänzungskraft) und an der OGS Gruitzen um 0,4 VZÄ (0,3 Ergänzungs- und 0,1 Hauswirtschaftskraft) sowie der Einrichtung von zusätzlichen Stellen im Umfang von 0,6 VZÄ (Ergänzungskraft) an der OGS Don-Bosco-Schule sowie 1,3 VZÄ (0,7 Fachkraft, 0,2 Ergänzungskraft und 0,4 Hauswirtschaftskraft) zu.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja / 1 nein / 0 Enthaltungen

mehrheitlich beschlossen

2./ Stellenplan 2023

**hier: Einrichtung von § 16i-Stellen zur Betreuung der
Versammlungsstätten**

Vorlage: 10/097/2022

Protokoll:

Stv. Meike Lukat erklärt, dass sie für den DOPA bereits auf die Problematik hinsichtlich 16i-Stellen hingewiesen hat. Wenn das Personal für diese Hausmeistertätigkeiten tatsächlich dringend benötigt wird, sollten keine 16i-Kräfte gefordert werden, die das Jobcenter auch in der Vergangenheit nicht besetzen konnte.

Wenn die Stellen tatsächlich benötigt werden, schlägt sie eine Umformulierung des Beschlusses vor:

„...nach Möglichkeit Besetzung mit 16i-Kräften“.

Die **1. Bgo. Annette Herz** bestätigt, dass diese Stellen benötigt werden. Langfristig angelegte Stellen sind in den Stellenplan aufzunehmen. Der Vorteil der 16i-Stellen ist die 100%ige Förderung durch das Job-Center.

Die **Stv. Meike Lukat** weist darauf hin, dass im Beschlussvorschlag der Hinweis auf Einstellung in den Stellenplan sowie die Vergabe einer entsprechenden Nummer fehlt.

Die **1. Bgo. Annette Herz** sagt die Weitergabe an das Personalamt für den DOPA zu. Frau Herz verweist auch nochmal auf das in Arbeit befindliche Hausmeisterkonzept.

Die **StOVR'in Doris Abel** verweist auf Seite 671 des Haushaltsplanes, wonach die Stellen mit EG5 ausgewiesen sind.

Stv. Vincent Endereß teilt für die CDU-Fraktion mit, dass man dem Beschlussvorschlag ohne Ergänzungen zustimmen wird. Er hofft, dass auch in diesem Bereich eine Entlastung der Mitarbeitenden wie im Grünbereich gelingen kann.

Stv. Michael Ruppert findet den Einwand von Frau Lukat berechtigt. In der Begründung für die zusätzlichen Stellen steht, dass sie benötigt werden, da es nach Corona wieder mehr Veranstaltungen gibt; scheinbar waren die Stellen vor Corona nicht erforderlich. Außerdem könnten die Ausschüsse auch wieder im Ratssaal tagen. Er gibt zu bedenken, dass die Stellen nach der zweijährigen Refinanzierung dann doch zu zahlen sind.

Die **1. Bgo. Annette Herz** informiert, dass die Bürgermeisterin sich mit den Fraktionsvorsitzenden ausgetauscht hat und dass ein Großteil der Ausschüsse wieder im Rathaus, die Sitzungen des Rates, HFA, BSA und JHA aber aufgrund ihrer

Größe weiterhin in den Versammlungsstätten stattfinden sollen. Dies bindet zusätzliche Personalressourcen. Im neuen Rathaus können die Mitarbeitenden auch auf bestehende Stellen nach 16i-Förderung eingesetzt werden. Die Menschen sind zu integrieren und es wird eine Win-Win-Situation geschaffen. Die Verwaltung will den Stellenplan nicht aufblähen, sondern Menschen eine Anschlussperspektive geben. Das Hausmeisterkonzept wird aktuell erstellt.

Stv. Vincent Endereß weist ergänzend darauf hin, dass Haan vor dem Neubau des Gymnasiums keine solch große Versammlungsstätte hatte, für die dieses Personal vorgehalten werden musste. Darüber hinaus wurden im SIGA die Stellen zum Wohngeld auch ohne Stellennummer beschlossen und nicht mehr geändert.

Stv. Meike Lukat gibt gerne die Empfehlung als Fachausschuss, aber bittet im DOPA um Ergänzung zu den finanziellen Auswirkungen. Sie befürchtet, dass die 16i-Stellen nicht besetzt werden können und bittet um den eingangs vorgeschlagenen ergänzenden Beschlussvorschlag im DOPA.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung von zusätzlichen Stellen im Rahmen von § 16i SGBII „Teilhabe am sozialen Arbeitsmarkt“ im Umfang von 1,5 VZÄ (EG 5) zur Unterstützung von Hausmeistertätigkeiten bei Veranstaltungen zu.

Abstimmungsergebnis:

16 ja / 0 nein / 1 Enthaltung
einstimmig beschlossen

3./ Stellenplan 2023

hier: Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,5 zur Ausweitung der Schulsozialarbeit (Entgeltgruppe S 11b) im Stellenplan 2023
Vorlage: 10/098/2022

Protokoll:

Stv. Felix Blossey stellt heraus, dass der Stellenanteil fachlich benötigt wird und die Mehrheit im letzten BSA dafür gestimmt hat.

Stv. Michael Ruppert verweist auf die Vorlage aus September 2022 der Verwaltung, dass die Umsetzung zwar wünschenswert, aber aktuell nicht zu realisieren sei.

Stv. Meike Lukat macht auf die Anlage 3 der vorgenannten Vorlage aufmerksam mit der Mail der Schulleitungen. Deshalb möchte die WLH dem Beschluss sehr gerne zustimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,5 für die Ausweitung der Schulsozialarbeit im Stellenplan 2023 zu.

Abstimmungsergebnis:

16 ja / 0 nein / 1 Enthaltung
einstimmig beschlossen

10./ Mitteilungen **- Sachstand Vereinsheim TSV Gruiten e.V.**

Protokoll:

Die **1. Bgo. Annette Herz** liest folgenden Text aus der Mail von Herrn Kipper, TSV Gruiten, vor:

Die von unserer Rechtsberatung [LLR](#) gestartete europaweite Ausschreibung der wesentlichen Planungsleistungen können Sie dem folgenden Link entnehmen:
<https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:28999-2023:TEXT:DE:HTML&tabId=1>
Die Angebotsfrist endet am 14.02.2023 um 14:00, somit nach der BSA Sitzung. Ausschreibungen weiterer Planungsleistungen werden ebenfalls in Kürze ausgeführt. Wir sind aktuell im Zeitplan und hoffen auf ausreichend Bieter in diesen Verfahren, damit dann anschließend nach Vertragsabschluss in die Planungsleistungen gewechselt werden kann. Unser Ziel bleibt der Abschluss der Planungsleistungen im Jahr 2023.

Es wird einstimmig beschlossen, zuerst die TOPe 4.1 bis 4.5 zu beraten.

4.1. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Tagespflege, Offene Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Haan **Vorlage: 51/056/2023**

Protokoll:

Nach intensiver Diskussion wird deutlich, dass sich SPD, GAL und WLH gegen die Erhöhung von Elternbeiträgen aussprechen und sich perspektivisch eine kostenlose Betreuung wünschen. Die FDP-Fraktion kann sich dem Verwaltungsvorschlag hinsichtlich der Beitragserhöhung ebenfalls nicht anschließen und befürchtet eine zu hohe Belastung in den oberen Einkommensstufen und eine Abwanderung der Familien zu anderen Betreuungsformen.

Die CDU-Fraktion hat einen eigenen Vorschlag erarbeitet, der die höheren Einkommensklassen nicht so extrem belasten soll und einen Anpassungsbedarf grundsätzlich in jeder Stufe vorsieht. Man schlägt vor, die Beitragsstaffeln nochmal fraktionsübergreifend außerhalb der Gremien zu beraten, was vor Jahren schon einmal zum Erfolg geführt hat.

STOAR'in Astrid Schmidt sagt auf Wunsch eine prozentuale Übersicht der einzelnen Gehaltsgruppen zur Niederschrift zu (s. Anlage).

STOVR'in Doris Abel bestätigt auf Nachfrage, dass dies ein Vorschlag der Verwaltung ist, der zur Verbesserung der Haushaltssituation beitragen soll, die Ansätze jedoch noch nicht im Entwurf des Haushalts enthalten sind. Wenn dieser erst im nächsten Sitzungszyklus entschieden wird, hat dies keine Auswirkungen auf den jetzigen Haushaltsplanentwurf.

Die **1. Bgo. Annette Herz** verdeutlicht, dass die Verwaltung mit der Kämmerei viele schmerzhaft interne Sparrunden gedreht hat, um der sich verschlechternden Haushaltssituation etwas entgegenzusetzen. Somit kam dieser Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung zustande. Wenn sich die Fraktionen dagegen entscheiden, wird die Verwaltung die aktuelle Beitragstabelle weiterhin anwenden. Sie bittet aber, über die Änderungen in der Satzung abzustimmen. Frau Herz sagt ihre Bereitschaft zu weiteren Gesprächen zu.

STOAR'in Astrid Schmidt erklärt, dass die Satzungsänderung auch noch in der Mai-Sitzung vollzogen werden kann. Um die aufwändigen Berechnungen hinsichtlich der Beiträge leisten zu können, bittet sie aber um rechtzeitige Mitteilung über Änderungswünsche an die Verwaltung.

Die **stellv. Vorsitzende Monika Morwind** stellt nach weiterer Diskussion über die Beratung hinsichtlich der Beitragsstaffeln außerhalb der Gremien fest, dass SPD- und CDU-Fraktion gesprächsbereit sind und möchte das Thema dann im nächsten BSA im Mai dieses Jahres erneut aufrufen.

Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig dafür, diesen TOP in die BSA-Sitzung im Mai 2023 zu verschieben und dann auch die Satzungsänderung zu verabschieden. Ein Treffen zur Beratung außerhalb der Gremien ist den Fraktionen freigestellt.

Beschluss:

Es wurde **einstimmig** die Verschiebung dieses TOPs in den BSA am 10.05.2023 beschlossen. Im Vorfeld werden sich die Fraktionen miteinander austauschen und die Verwaltung wird mit entsprechenden Vorlagen unterstützen.

4.2. Machbarkeitsstudie RLT-Anlagen **Vorlage: 65/048/2023**

Protokoll:

Die politische Diskussion zeigt, dass die SPD weiter hinter der Forderung nach einer Machbarkeitsstudie steht und die RLT-Anlagen auch für zukünftige Sanierungen und Neubauten von Kitas und Schulen zwingend einplanen möchte. Die FDP-Fraktion begrüßt den Sparvorschlag der Verwaltung. Die GAL

sieht die Höhe der Gutachterkosten nach geführten Gesprächen in diesem Segment als zu hoch an, stimmt jedoch grundsätzlich für den Einsatz von RLT-Anlagen.

Die CDU-Fraktion steht hinter der Verwaltungsvorlage und möchte die Mittel aus dem Haushalt streichen. Bei Neubauten sieht man es als sinnvoll an, diese Anlagen mitzudenken. Die Nachrüstung sämtlicher Gebäude übersteigt die Kapazitäten der Verwaltung.

Die WLH-Fraktion möchte die Expertise über die Anlagen zum Schutz der Schüler_innen auch im Hinblick auf den Klimawandel einholen, um die Räume zu kühlen.

Die **stellv. Vorsitzende Monika Morwind** nennt noch einmal die hohen Kosten in Höhe von insgesamt 600 T€ für die Machbarkeitsstudie.

Die **1. Bgo. Annette Herz** weist auf aktuelle Studien hin, wonach in Kitas und Schulen zu keinem Zeitpunkt eine erhöhte Infektionsgefahr geherrscht hat. Nach Empfehlungen des Umweltbundesamtes wurden die CO₂-Tracker angeschafft, die sich als sinnvoll erwiesen haben. Heute stellt sich die Situation im Gegensatz zu den Ende 2021 geführten Diskussionen völlig anders dar. Die Verwaltung hat aus diesem Grund diesen unpopulären Konsolidierungsvorschlag zum Haushalt gestellt – auch im Hinblick auf die Situation im Gebäudemanagement. Dieser Bereich schiebt eine riesige Bugwelle an prioritären Aufgaben vor sich her, und man kann aktuell keine realistische Aussage treffen, wann eine Ausschreibung zur Machbarkeitsstudie erfolgen kann. Wenn die Anlagen nun zusätzlich auch noch Kühlmöglichkeiten beinhalten sollen, führt dies zu einem völlig neuen Arbeitsauftrag. Hierzu müsste dann auch ein neuer Antrag zur Diskussion gestellt werden.

Die **stv. Vorsitzende Monika Morwind** fragt die Ausschussmitglieder, worüber sie abstimmen möchten – über die vorgelegte Beschlussvorlage oder einen neuen Antrag, der die Kühlung beinhaltet.

Stv. Felix Blossey erinnert für die SPD-Fraktion an deren Antrag, RLT-Anlagen auch für zukünftige Gebäude einzuplanen. **Stv. Meike Lukat** erklärt, dass es in der Vergangenheit schon Einvernehmen darüber gab, die Anlagen bei neuen Gebäuden einzuplanen. Sie bittet um Klärung dieses Sachverhaltes bis zum Rat; ansonsten möge die SPD-Fraktion dies schriftlich beantragen. Lt. Herrn Blossey gibt es hierüber keinen Beschluss und er bittet, dies im Protokoll zu berücksichtigen.

Die **1. Bgo. Annette Herz** verweist auf die Vorlage zu diesem TOP auf Seite 2 „Bei Neubauprojekten wird die Notwendigkeit zur Installation von RLT-Anlagen weiterhin regelmäßig geprüft und nach den anerkannten Regeln der Technik entschieden.“

Stv. Jörg Dürr berichtet aus dem SPUBA, wonach sich der Einbau nicht nur auf Neubauten, sondern auch auf Sanierungen bei Schulen beziehen soll. Nach

Einwurf von **Stv. Vincent Endereß**, dass die CDU dem nicht zustimmen kann, da die Machbarkeitsstudie die Überprüfung von Sanierungsbauten umfasst, erwidert Herr Dürr, dass es um den grundsätzlichen Beschluss geht.

Die **stv. Vorsitzende Monika Morwind** möchte nun über den Beschlussvorschlag abstimmen lassen und was „on top“ kommt, soll in der Zukunft berücksichtigt werden.

Stv. Felix Blossey gibt sein Einverständnis, wenn die Verwaltung dies zusagen kann.

Die **1. Bgo. Annette Herz** kann diese Zusage aufgrund der Situation im Gebäudemanagement nicht geben und bittet um Verständnis.

Die SPD-Fraktion bleibt bei ihrem Vorstoß, dass RLT- Anlagen bei zukünftigen Sanierungen und Neubauten in Haaner Schulen und Kitas zwingend eingeplant werden. Da dieser Antrag keine Dringlichkeit beinhaltet, wird die SPD einen entsprechenden Antrag zum HFA vorlegen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt Der BSA empfiehlt dem Rat, den Ratsbeschluss vom 14.12.2021 in Punkt 1 „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie inkl. Kostenberechnung zur Nachrüstung aller Klassen- und Aufenthaltsräume (inklusive Mensen und Aulen) in Haaner Schulen sowie aller Gruppenräume in städtischen Kindertageseinrichtungen mit einer sog. „Raumlufttechnischen Anlage“ durch eine/n externe/n Gutachter_in bzw. Fachplaner_in erstellen zu lassen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel werden in den Haushaltsplan 2022 eingestellt und ein Prüfzeitraum von zwei bis drei Jahren einkalkuliert. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie werden dem Rat der Stadt Haan zusammen mit einer konkreten Umsetzungsplanung mit einem zeitlichen Horizont von ca. fünf Jahren vorgestellt.“ **aufzuheben.**

Abstimmungsergebnis:

7 ja / 10 nein / 0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

4.3. Haftmittelnutzung in der Sporthalle Adlerstraße Vorlage: II/035/2023

Protokoll:

Die **stv. Vorsitzende Monika Morwind** dankt der Verwaltung, dass ein Verhandlungsergebnis vorgelegt wurde.

Die CDU-Fraktion schlägt vor, dass die Vereinbarung rückwirkend zu September 2022 gilt, was einen zusätzlichen Aufwand von ca. 3.500 bis 4.000,- € für die

Verwaltung bedeutet.

Die WLH-Fraktion kann sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung und der rückwirkenden Regelung anschließen.

Die SPD-Fraktion schließt sich dem Beschlussvorschlag nicht an. Durch häufigeres Training verschlechtert sich der Hallenboden und die Nutzung für den Schulsport hat für die SPD oberste Priorität. Den Verwaltungsvorschlag aus dem letzten Jahr hat man als Entgegenkommen gewertet.

Die **1. Bgo. Annette Herz** verliert den aktuellen Beschlussvorschlag der Verwaltung und erklärt, dass dieser keine zusätzliche Belastung für den Hallenboden darstellen wird, da man weiterhin von zwei Handball-Trainingstagen ausgeht. Sie wirbt um Zustimmung, da damit ein besonderes komplexes Problem gelöst wäre.

Beschluss:

Unter den Rahmenbedingungen des zwischen der Unitas und der Verwaltung mit Datum vom 02.02.2023 unterschriebenen Abstimmungsergebnisses stimmt der Rat einer Pauschalregelung zur Abgeltung von Kosten für die Sonderreinigung nach dem Einsatz von Haftmitteln beim Handballsport zu. ~~Für das Jahr 2023~~ **Ab September 2022** wird der Beitrag der Unitas auf einen Betrag in Höhe von 270 € brutto je Reinigungsgang gedeckelt und für das Jahr 2024 neu verhandelt. Grundsätzlich kann dieser Beschluss auf weitere handballausübende Vereine ausgedehnt werden, wenn auch diese eine Abstimmung mit der Verwaltung zu den Rahmenbedingungen herbeiführen.

Abstimmungsergebnis:

13 ja / 4 nein / 0 Enthaltungen
mehrheitlich angenommen

4.4. Erstellung eines Konzeptes zur Erhebung von Nutzungsentgelten für die Benutzung der städtischen Sportstätten (Turn- und Sporthallen sowie Sportplätze).

Vorlage: II/036/2023

Protokoll:

Die **1. Bgo. Annette Herz** erläutert den Vorschlag der Verwaltung, der lt. Aussage der Kämmerin Frau Abel keine Belastung der Vereine darstellt.

Die SPD-Fraktion sieht keine Notwendigkeit für das Konzept. Man hätte die Vorteile daher gerne näher ausgeführt. Die Befürchtung ist, dass das Ehrenamt zu sehr belastet wird.

Die **stv. Vorsitzende Monika Morwind** empfiehlt, die angekündigten Ergänzungen

der Verwaltung abzuwarten.

Stv. Michael Ruppert plädiert für die Beratung und Abstimmung, damit die Verwaltung evtl. keine weitere Arbeit investieren muss.

Stv. Vincent Endereß schließt sich Herrn Haesen an. Die Belastung der Verwaltung ist bekannt und er vertraut Frau Herz und Abel, dass dies möglich ist. Die CDU-Fraktion möchte den Gesprächen gerne zustimmen und dankt für die Beteiligung an dem Prozess.

Stv. Meike Lukat erklärt für die WLH-Fraktion, dass man keine Notwendigkeit zur Beauftragung sieht. Die Verwaltung kann gerne eine Kalkulation zur Kenntnisnahme vorlegen. Die Kosten für die Gebäudebewirtschaftung sind sehr hoch und man ist an einer genaueren Betrachtung durchaus interessiert. Die WLH würde gerne die Wirtschaftlichkeit der Gebäudereinigung prüfen; so ähnlich wie bei der Grünpflege. Beschlussvorschlag Nr. 1 wird man zustimmen, Nr. 2 nicht.

Stv. Michael Ruppert hält die Aufwendungen für die Sportförderung für unbedingt notwendig aufgrund von zunehmend älterer und übergewichtiger Bevölkerung. Er hält die Einführung von Nutzungsgebühren für nicht sinnvoll.

Stv. Nicola Günther möchte keinen Auftrag erteilen, da Kinder und Jugendliche nicht belastet werden sollen. Darüber hinaus sieht sie einen Mehraufwand für die Vereine.

Die **STOVR'in Doris Abel** erläutert, dass nicht im Vordergrund steht, dass die Sportvereine Gebühren entrichten, sondern dies Steuervorteile bei der Umsatzsteuerpflicht für Kommunen bringt, die voraussichtlich ab dem Jahr 2025 greift. Voraussetzung diese Vorteile ist aber, dass die Vereine Nutzungsentgelte zahlen, die z.B. über Zuschüsse zurückgegeben werden können.

AM Arnd Vossieg spricht sich dagegen aus.

Die **Stv. Meike Lukat** hält dieses Konstrukt für eine „Milchmädchenrechnung“, das so nicht funktioniert. Die WLH wird deshalb keinen Arbeitsauftrag an die Verwaltung erteilen.

Die **Stv. Annette Braun-Kohl** empfiehlt die Vertagung auf einen der nächsten Ausschüsse für Bildung und Sport, da keine zeitliche Not besteht; sie stellt einen entsprechenden Antrag zur Geschäftsordnung.

Abstimmungsergebnis:

6 ja / 11 nein / 0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Die **Stv. Nicola Günther** macht darauf aufmerksam, dass es auch um die Umsatzsteuerproblematik geht und somit nicht entschieden werden kann.

Stv. Vincent Endereß bemerkt, dass dies durch die Vorlage der Verwaltung ersichtlich ist und kann dem also zustimmen.

Die **Stv. Sonja Kunkel-Grätz** stellt einen Geschäftsordnungsantrag, den Beschlussvorschlag abzustimmen.

Beschluss:

1. Die Kalkulation der Verwaltung für die Unterhaltung der städtischen Sportstätten (Turn- und Sporthallen sowie Sportplätze) mit Stand 31.12.2022 laut Anlage wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zum 01.01.2024 eine Konzeption zur Erhebung von Nutzungsentgelten für die städtischen Sportstätten (Turn- und Sporthallen sowie Sportplätze) in Abstimmung mit den Sportvereinen zu entwickeln und diese im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2024 zur Entscheidung vorzulegen. Hierzu wird eine Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Haan über die Benutzung der Sportstätten vom 24.05.1995 in der jeweils aktuellen Fassung vorbereitet.

Abstimmungsergebnis:

6 ja / 11 nein / 0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

4.5. Sportplatz Hochdahler Straße
Vorlage: II/037/2023

Protokoll:

Die **Stv. Meike Lukat** bemängelt, dass die Verwaltung nach dem letzten BSA eine Vorlage erstellen sollte und dies nicht geschehen ist, da man keine Notwendigkeit sieht. Sie sieht es als grenzwertig an, wie mit politischen Entscheidungen umgegangen wird. Frau Lukat schlägt vor, über diese Kenntnisnahme nicht abzustimmen, sondern den vorherigen Auftrag an die Verwaltung umsetzen zu lassen. Es geht nur um die Kosten für einen Fachplaner und um die Ressource der städtischen Mitarbeitenden.

Der **Stv. Martin Haesen** sieht den großen Sanierungsstau und hat sich über den tlw. Austausch des Kunstrasenbelages gefreut. Leider sind jedoch wieder neue Löcher aufgetaucht. Lt. Architekt ist die Nutzungsdauer auch schon ausgelaufen und der Kunstrasen soll nicht wie ein Flickenteppich repariert werden. Er schließt sich der Forderung der WLH an, den Beschluss umzusetzen.

Die **Stv. Annette Braun-Kohl** bittet nochmal um Information über den Beschlussvorschlag aus der Septembersitzung, dem Frau Lukat nachkommt:

„Die WLH-Fraktion hat am 10.09.2022 einen Antrag zur zukunftsfähigen Planung

des Sportplatzareals Hochdahler Straße gestellt, der im BSA im September beraten wurde und mit folgendem Beschlussvorschlag versehen war:

Es werden die notwendigen, von der Verwaltung vorgeschlagenen Planungskosten zum Produkt080120 eingestellt, um das **Sportplatzareal an der Hochdahler Straße** im Einvernehmen mit allen dort sportausübenden Vereinen zukunftsfähig im Sinne der bestmöglichen Förderung der in Haan ausgeübten Sportarten und der Anpassung des Sportplatzes an die sich verändernden klimatischen Bedingungen voranzubringen.

Ein Fachplaner für Sportanlagen wird mit einer AG Sportanlage Hochdahler Straße, an der sich alle Haaner Sportvereine beteiligen können, mit der Fachverwaltung eine zukünftige Gesamtnutzung mit Finanzierungsübersicht dem BSA vorstellen.

Im Laufe der Diskussion kam dann folgender Beschlussvorschlag zur Abstimmung, der einstimmig angenommen wurde:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen eine Beschlussvorlage für eine Fachplanung zur Weiterentwicklung des Sportplatzareals Hochdahler Straße vorzulegen und den Haushaltsansatz zu ermitteln.“

Da dieser Beschluss nicht umgesetzt wurde, stellt Frau Lukat folgenden Beschlussvorschlag vor:

Die Verwaltung hat den Auftrag vom BSA vom 21.09.22 bis zum HFA zu erfüllen.

Die **1. Bgo. Annette Herz** weist den Vorwurf entschieden zurück, wonach die Verwaltung den Auftrag nicht bearbeitet habe, weil sie inhaltlich dagegen war. Sie verweist zur Begründung für die fehlende Umsetzung auf die Vorlage. Sie wird gerne erneut den Auftrag an den Betriebshof weiterleiten, die Kosten für eine Überplanung des Geländes zu hinterlegen.

Der **Stv. Vincent Endereß** bittet um eine Sitzungsunterbrechung um 19.06 Uhr. Die **stv. Vorsitzende Monika Morwind** unterbricht die Sitzung bis 19.15 Uhr.

Nach Ende der Sitzungsunterbrechung erklärt **Stv. Vincent Endereß** für den Fall, dass die WLH-Fraktion ihren Antrag aufrecht erhält zu

Punkt 1: wird zur Kenntnis genommen

Punkt 2: für den BSA im Mai 2023 wird die Verwaltung gebeten, eine qualifizierte Vorlage vorzulegen.

Die **Stv. Meike Lukat** lässt folgenden Beschlussantrag in Übereinstimmung mit der SPD-Fraktion zur Abstimmung stellen:

Die Verwaltung hat bis zum Rat im Februar 2023 den Beschluss des BSA vom 21.09.2022 umzusetzen.

Beschluss:

~~Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen~~

Geänderter Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung hat bis zum Rat im Februar 2023 den Beschluss des BSA vom

21.09.2022 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

10 ja / 6 nein / 1 Enthaltung
mehrheitlich angenommen

4./ Haushaltsplanberatungen 2023; Bildung und Sport

Vorlage: 20/074/2023

Protokoll:

Zum Veränderungsantrag PB04 Nr. 40 über 1,9 Mio. € erläutert **StOVR'in Doris Abel**, dass die in 2021 eingestellten Mittel nicht vollständig nach 2022 übertragen wurden, so dass nur noch 418 T€ nach 2023 übertragen werden können und die fehlenden Haushaltsmittel erneut in den Haushalt 2023 eingestellt werden müssen.

Auf die Frage von **Stv. Nicola Günther**, warum die Bereitstellung vollständig in den Haushalt 2023 aufgenommen werden soll und nicht erst in den Jahren des tatsächlichen Zahlungsabflusses, erklärt **StOVR'in Doris Abel**, dass man nicht genau weiß, wann die Mittel tatsächlich zur Auszahlung kommen und daher der Gesamtbetrag in 2023 eingestellt wurde. Grundsätzlich spricht aber auch nichts dagegen, die Mittel auf weitere Jahre aufzuteilen.

Stv. Nicola Günther fragt nach, ob Politik etwas beantragen muss. **StOVR'in Doris Abel** erwidert, dass in diesem Fall der Veränderungsantrag angepasst wird.

Beschluss:

Für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Bildung und Sport werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2023 ausgewiesen dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Über vorliegende Veränderungsanträge zum Haushalt wird nach Beratung eine Empfehlung ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis:

Veränderungsantrag Nr. 40
10 ja / 4 nein / 3 Enthaltungen
mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

gesamt ohne Hochdahler Straße
13 ja / 0 nein / 4 Enthaltungen
einstimmig beschlossen

5./ Sachstand schulische Bauprojekte

Vorlage: 65/049/2023

Protokoll:

Die **Stv. Nicola Günther** wundert sich über die Preisanpassung, die der GU für die Gesamtschule angemeldet hat. Eigentlich wurde dieser wegen der Preissicherheit beauftragt.

AM Christian Hoffmann zeigt sich sehr verwundert über die großen Beträge, die in das Gymnasium investiert werden und würde sich diese Optimierung auch für die Gesamtschule wünschen. Die für die Gesamtschule veranschlagten 50 T€ sind nicht angemessen und sehr enttäuschend, da Frau Schacht ihm versprochen hatte, größere Beträge einzustellen.

Stv. Meike Lukat teilt mit, dass man dies nicht gewusst hat, sonst hätte man sich gerne früher um diesen Sachverhalt gekümmert. Sie bittet um Mitteilung, was mit Frau Schacht hinsichtlich der Gesamtschule beschlossen wurde. Für den nächsten BSA beantragt sie einen TOP „Außenanlagen Gesamtschule Haan – Optimierung der Außenanlagen“.

Die **stv. Vorsitzende Monika Morwind** stimmt diesem Vorschlag zu und bestätigt, dass dieser Umstand nicht bekannt war. Es ist ein gemeinsames Anliegen des BSA, die Gesamtschule zu unterstützen.

STOVR'in Doris Abel geht auf den Beitrag von Frau Günther ein und erläutert, dass es nach Vorgaben des Landes den Kommunen erlaubt wird, Anfragen von Vertragspartner zu Preisanpassungen nachzuverhandeln, wenn die Unternehmen Schwierigkeiten haben, ihre Angebote aufrecht zu erhalten. Insbesondere wenn sich die Preissteigerungen auf Material- und Energiekosten beziehen, können die Preise angepasst werden.

Stv. Meike Lukat berichtet, dass die WLH im SPUBA den MPP des Gebäudemanagements für den heutigen BSA angefordert hat, um entscheiden zu können, was auf den Weg gebracht wird. Maßgeblich für die Schulen ist nicht nur das finanzielle Volumen, sondern auch die Begleitung der Projekte. Es besteht keine Handlungssicherheit im schulischen Bereich.

Die **1. Bgo. Annette Herz** macht deutlich, dass die Bereitstellung des MPP, anders als gewünscht, nicht so schnell umsetzbar ist. Seit vier bzw. zwei Monaten gibt es ein neues Führungsduo im Gebäudemanagement, das eine Bestandsanalyse durchgeführt hat und leider noch keinen aktuellen MPP vorlegen kann. Zum nächsten BSA wird dieser pünktlich vorliegen. Frau Herz sieht ebenfalls die Notwendigkeit, diesen wieder einer stetigen Aktualisierung zu unterziehen.

Stv. Meike Lukat weist darauf hin, dass der MPP ein Steuerungsinstrument des Rates für die Haushaltsplanung und Priorisierung der Projekte ist. Die Priorisierung liegt bei der Politik und der MPP muss spätestens zum HFA vorliegen. Dies wäre den Mitarbeitenden in vier Monaten möglich gewesen. Es sei bekannt, wie viele Mitarbeitende welche Projekte bearbeiten.

Die **1. Bgo. Annette Herz** erwidert, dass dies schon etwas komplexer ist. Sie hat sich dazu im gestrigen SPUBA im nichtöffentlichen Teil geäußert, möchte dies an dieser Stelle nicht wiederholen. Die Verwaltung kann die Vorlage zum HFA/Rat nicht in gewohnter Qualität zusichern. Eine Priorisierung der vielfältigen Projekte wird aus Sicht der Verwaltung vorgeschlagen und vom Rat abgestimmt, was auch für das Gebäudemanagement aus Transparenzgründen sehr wichtig ist. Die laufenden Projekte sind ebenso wie Projekte, die ab 2023 bearbeitet werden, im Haushaltsplan in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten. Die Verwaltung wird zukünftig darstellen, welche zusätzlichen Arbeiten das Gebäudemanagement übernehmen musste, die nicht planbar waren, so z.B. die Unterbringung von Kriegsvertriebenen aus der Ukraine.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der schulischen Bauprojekte des Gebäudemanagements (siehe Anlage) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zur Kenntnis genommen

6./ Bildung von 2 Überhangklassen am Städt. Gymnasium Haan zum Schuljahr 2023/24 Vorlage: 40/038/2023

Protokoll:

Die **STOAR'in Astrid Schmidt** erläutert die Vorlage und die Kurzfristigkeit, da die Anmeldungen an den weiterführenden Schulen erst in der letzten Woche stattgefunden haben. Es handelt sich auch noch nicht um endgültige Zahlen, da in umliegenden Städten noch Anmeldungen anstehen und sich dies auf unsere Zahlen auswirken wird. Dieser Beschluss wird nur umgesetzt, wenn die endgültigen Schüler_innen-Zahlen es notwendig machen.

Der **Stv. Vincent Endereß** merkt an, dass in den letzten Jahren mehr Schüler_innen abgewandert sind. Er kann bestätigen, dass in umliegenden Städten noch Anmeldungen laufen und es sich um Schulen handelt, die in der Vergangenheit sehr beliebt bei Haaner Schüler_innen waren. Somit wird es noch Abwanderungen geben.

AM Dirk Wirtz erklärt, dass dieses Jahr 6 Klassen am Gymnasium integriert werden können, nur nicht dauerhaft. Er geht von 168 Anmeldungen aus.

Stv. Michael Ruppert kann für die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag

zustimmen. Darüber hinaus findet er die Zahlen interessant im Hinblick auf die damalige Gesamtschuldiskussion. Damals war die Errichtungsvoraussetzung Nr. 1, dass nachhaltig mindestens 100 SuS an der Gesamtschule angemeldet werden. Er betont jedoch, dass die Gesamtschule gut funktioniert. Jedoch sei ein Trend sichtbar, dass das Gymnasium zur Gesamtschule wird. Er möchte wissen, wie viele Haaner Kinder an auswärtigen Schulen angemeldet werden.

Die **STOAR'in Astrid Schmidt** sagt zu, die Anmeldezahlen detailliert mitzuteilen, sobald sie zur Verfügung stehen. Sie stellt den erfreulichen Trend fest, dass Gruitener Kinder, die sonst oftmals zum Erkrather Gymnasium wechselten, jetzt verstärkt am Haaner Gymnasium angemeldet werden.

Dass die Gesamtschule 86 Anmeldungen für die erste Oberstufe erhalten hat, ist als sehr positiv zu bewerten.

AM Christian Hoffmann ergänzt für die Gesamtschule, dass alle Stellen besetzt sind, die Schule mit 800 Schüler_innen ab Klasse 7 voll besetzt ist und die 86 Anmeldungen für die Oberstufe ein toller Erfolg ist.

AM Dr. Svenja Kahlke-Kreitzberg berichtet aus der Elternschaft, dass die Gesamtschule einen schlechten Ruf hat, obwohl so gute Arbeit geleistet wird. Deshalb möchte sie den Beitrag von Frau Lukat aufnehmen, die Schule von außen attraktiver zu gestalten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Düsseldorf einen Antrag auf Bildung von zwei Überhangklassen, d.h. für die Bildung von sechs Eingangsklassen am Städt. Gymnasium für das Schuljahr 2023/24 zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7./ Beantwortung von Anfragen **- Anfrage der SPD-Fraktion zum Anti-Mobbing-Budget**

Protokoll:

Die Antwort auf die Anfrage der SPD-Fraktion zum Anti-Mobbing-Budget wurde im Ratsinformationssystem hochgeladen.

Stv. Meike Lukat fragt nach der Bestückung der Menstruationsartikelpender speziell im Haaner Gymnasium.

Die **STOAR'in Astrid Schmidt** erklärt, dass die Bestückung geklärt ist. Sie hofft, dass dies im nächsten Jahr kein Thema mehr sein wird. Die unsachgemäße Nutzung wird man weiterverfolgen.

8./ Mitteilungen

- Bericht aus dem OGS-Qualitätszirkel
 - Aufholen nach Corona - VR-Brillen für die Berufserkundung
 - Verantwortungskette - Kein Anschluss ohne Abschluss
 - Menstruationsartikelspender
-

Protokoll:

Bericht aus dem OGS-Qualitätszirkel:

Die STOAR'in Astrid Schmidt berichtet von der sehr konstruktiven Sitzung im Januar dieses Jahres. U.a. wurde die Staffelung für die verlässliche Grundschule aufgegriffen, zu der es inzwischen andere Vorgabe der Bezirksregierung gibt. Im nächsten BSA wird es hierzu eine Vorlage der Verwaltung geben.

Aufholen nach Corona:

Die **1. Bgo. Annette Herz** berichtet über die zwischenzeitlich angeschafften Virtual-Reality-Brillen aus den Fördergeldern, die mit pädagogisch wertvollen Themen bespielt werden können. Momentan werden sie zur Berufserkundung eingesetzt.

Verantwortungskette – Kein Abschluss ohne Anschluss:

Die **1. Bgo. Annette Herz** berichtet über eine Rahmenvereinbarung zwischen einzelnen Akteuren auf Kreisebene, damit keine Schüler_innen ohne Anschlussperspektive bleiben, um sicherzustellen, dass eine Ausbildung oder zumindest ein Praktikum begonnen wird. Die Strukturen in den einzelnen Städten werden gesichtet und mit der Jugendberufsagentur in Haan wird bereits gute Arbeit geleistet.

Menstruationsartikelspender:

s. TOP Anfragen

./ Sportangelegenheiten

9./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

**Die stv. Vorsitzende Monika Morwind stellt um 20.06 h die Nichtöffentlichkeit
der Sitzung her.**